

Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 1,00 Goldmark, durch Ausgabestellen ohne Belegung 1,40 Goldmark, durch die Post 1,85 Goldmark u. 40 Goldpfennig. Die Belegung ist durch die Anzeigen-Nachweise zu belegen. Die Anzeigen werden nach Reichs-Preisen berechnet. Die Zeile 2,50 Goldmark.

Neues in Kürze.

Drachmeldungen und Radiotelegramme.

Das Reichsbüro des Auswärtigen Amtes über die Londoner Konferenz ist dem Reichstag heute (sonntag) vorgelegt. Es enthält insgesamt 68 Dokumente bzw. Sonderdrücke, die in deutscher, englischer und französischer Sprache 250 Seiten füllen.

Das Kriegsgericht von Vüthlich hat gestern, wie angekündigt, gegen den deutschen Oberst Sebe-mann und dessen Adjutanten verhandelt. Beide Offiziere wurden zum Tode verurteilt.

Das Kriegsgericht Namur hat den Major Seine von 3. Manoeurregiment, den Hauptmann Collaui in Abwesenheit zum Tode, den Obersten Empeha zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Der französische Senat hat in seiner gestrigen Sitzung mit 176 Stimmen den bisherigen Staatspräsidenten de Selmes wiedergewählt. Der von der demokratischen Linken aufgestellte Biennu-Martin erhielt 116 Stimmen u. 60 Stimmen waren gesplittert.

Die italienische Kammer nahm gestern mit 307 gegen 33 Stimmen eine vom Abgeordneten Farinacci eingebrachte Tagesordnung an, die die letzte Wahlvorlage der Regierung gutheißt und der Regierung das Vertrauen ausspricht.

Die Belgarische Staatsanwaltschaft hat dem Gericht in Anvers das Original des in russischer Sprache geschriebenen und an die Sowjets gerichteten Memorandums zugestellt, das von dem belgischen Botschafter von Radloff unterschrieben ist. Aus der Denkschrift geht hervor, daß Radloff die Sowjets in der Hoffnung auf eine Verständigung, Aufkommen einer „neuen Ordnung“ und die Errichtung einer „neuen Weltordnung“ an die Sowjets an die Hand gegeben hat.

Aus Bukarest wird erneut gemeldet, daß sich die Prinzessin Xeniana, die jüngste Tochter des Königs von Rumänien, in Kürze mit dem König Boris von Bulgarien verloben soll. Der Herr und die Prinzessin werden sich im Februar in Sofia treffen. Die Verheiratung würde von großer Bedeutung für die Beilegung der alten Feindschaft zwischen Bulgarien und Rumänien sein.

Der Sonderberichterstatter des „Reit Parisien“ meldet aus Marokko, daß die Rifstämme am ersten Abend die islamische erste Schlacht erlitten haben. Die Rifstämme, die sich ebenfalls gegen die Spanier erhoben hatten, fielen mit den Rifstämmen unweit geworden.

Scatter meldet aus Delhi (Indien), daß dort in Anwesenheit von japanischen und afghanischen Offizieren eine große Streitmacht eingetriggt werden, bei angrenzende Armeekorps von 12.500 Mann verteidigen soll.

Die japanischen Universitätsbehörden in Tokio haben für die Wiederherstellung der Universitätsbibliothek beizutreten, angenommen. Bedingungen sind an die Ausweitung nicht geknüpft. — die Feindschaft zwischen Japan und Amerika zu überbrücken.

Die „Chicago Tribune“ meldet aus Shanghai, daß ein internationales Detachement, bestehend aus Amerikanern, Briten, Franzosen, Italienern und Japanern, jetzt abberufen wurde. Die Polizei des Fremdenviertels hält etwa 10.000 chinesische Soldaten interniert.

Im Zusammenhang mit den neuen Kämpfen in Shanghai sind zwei amerikanische Korrespondenten nach Shanghai abgeholt worden. Weitere Korrespondenten werden dort zu erwarten sein, wenn die Lage das erlauben sollte. — Da die Kämpfe von gestern abgebrochen sind, sind die Kämpfe von gestern abgebrochen. — Da die Kämpfe von gestern abgebrochen sind, sind die Kämpfe von gestern abgebrochen.

Neue Regierungsschwierigkeiten

Vertagung der Regierungserklärung auf Montag.

Die für die gestrige Reichstags-Sitzung vorgesehene Abgabe einer Erklärung der neuen Reichsregierung ist auf Montag abend 6 Uhr vertagt worden, da unerwarteterweise die Verhandlungen über die Bestellung wichtiger Ministerien, insbesondere des Reichsfinanz- und des Reichsjustizministeriums noch nicht abgeschlossen werden konnten.

Die Reichstags-Sitzung am Freitag begann mit einer Entschuldigung. Die Regierungserklärung, die als erster Punkt auf der Tagesordnung stand, konnte nach einer Mitteilung des Reichsfinanzers Dr. Luther noch nicht abgegeben werden, weil verschiedene Ministerposten noch nicht endgültig besetzt sind. Die Vertreter der äußersten Rechten und der äußersten Linken beantworteten diese Mitteilung mit offenem Hoh.

Hg. v. Graefe (National.) meinte: Man sollte doch die Hoffnung auf eine Regierungserklärung aufgeben, und dem Reichspräsidenten empfehlen, den Reichstag anzulösen und Neuwahlen auszusprechen für eine Nationalversammlung, in der eine neue, dem deutschen Volk besser als die Weimarer angepaßte Verfassung beschlossen werden könnte.

Ueber die neuen Schwierigkeiten selbst verurteilt:

Der für das Reichsjustizministerium in Aussicht genommene Oberlandesgerichtsrat Schumacher-König hat abgelehnt, diesen Posten zu übernehmen. Aber namentlich für diesen Posten in Frage kommt, nicht zuletzt noch nicht ist. Es heißt, daß Dr. Luther dem früheren kaiserlichen Finanzminister Weinholt das Reichsfinanzministerium angeboten habe. Weinholt (Demokrat) sei jedoch an dem Wiederstand der demokratischen Fraktion gescheitert. Das „Kagblatt“ will wissen, daß Dr. Luther nunmehr beschließt, den Ministerposten im Reichsjustizministerium selbst zu übernehmen.

Daß die offiziellen Kreise dementieren, ist selbstverständlich. Da es aber an sich durchaus nichts Unübliches ist, daß ein Kabinett nur die Vollberechtigung erhält, auch wenn nur einige Posten unbesetzt sind, oder da Dr. Luther notfalls die beiden bisher unbesetzten Ministerien selbst hätte übernehmen können, so wird man aus der Vertagung der Regierungserklärung leider doch auf ernsthafte Schwierigkeiten schließen müssen, die möglicherweise nicht nur auf Verleumdungen, sondern auf tatsächlichen Meinungsverschiedenheiten beruhen. Am 10. unermesslicher wird es für das Höchstmögliche doch noch zuzuhaltende Kabinett Luther sein, einen vorläufigen Mittelkurs zu gehen, wenn es nicht nach dem Wunsch der Oppositionen und anscheinend auch der Reichstagsfraktionen in kürzester Frist scheitern soll. Sehr viel würde von der Haltung der Deutschnationalen abhängen, die vor der Frage stehen, ob sie die dem Reichsfinanzminister Luther durch die Verhältnisse aufzunehmende gemäßigtere Politik mitmachen oder ob sie bei Ablehnung — die vermutlich zum Scheitern des Kabinetts Luther führen würde — eine andere Regierung oder eine durchführbare andere Regierungsform finden können.

Der zum Reichsinnenminister ernannte Vorsteher der deutschnationalen Reichstagsfraktion Schiele-Schöler hat gestern sein Amt als Fraktionsführer niedergelegt. Die deutschnationale Reichstagsfraktion behält die Wahl des neuen Fraktionsvorstandes bis nach der Abstimmung über die zur Regierungserklärung vorliegenden Anträge zu vertagen.

Die Reichstagsfraktion des Zentrums wählte gestern ihren Fraktionsvorsitzenden. Der bisherige Fraktionsführer wurde durch den neuen Fraktionsführer abgelöst. Der Vorstand der Fraktion legt sich heute zu sammeln wie bisher, nur daß der Abgeordnete Jans hinzugezogen ist.

„Journées Industrielles“ nennt das Ministerium Dr. Luther nicht nur nationalisiert, sondern mon-

Schwierigkeiten, sondern auch die Möglichkeit, den Inhalt der Regierungserklärung, insbesondere die in der Aufwärtstendenz, außenpolitische Fragen, wie die Behandlung der Reichsfinanzfrage, der Vertagung gefahrt hätten. Diese Gerüchte werden jedoch von den neuen Reichsfinanzern nicht nahe stehenden Kreisen auf das entschiedenste demontiert.

Die deutsch-französischen Vertragsverhandlungen stehen schlecht.

Bei den Verhandlungen der deutsch-französischen Handelsvertragsdelegation haben sich die Auswärtigenverhandlungen in den letzten Tagen der deutsche Gegenentwurf vorgelegt. Er ist der letzten französischen Vorlage zu nähert, er ist der französischen Delegation nicht dienlich, die erklärt, daß sie der gegenseitigen Verständigung, wie es das Protokoll vom 10. Dezember 1924 vorgesehen habe, im weiteren Umfang nicht zustimmen könne, im weiteren Umfang nicht zustimmen könne, im weiteren Umfang nicht zustimmen könne.

Danzig in Gefahr.

Im Danziger Volkstag gab Senatspräsident Sahn eine zusammenfassende Darlegung der auswärtigen Politik der Freien Stadt Danzig ab und erklärte u. a.:

Es gewinnt immer mehr an Wahrscheinlichkeit, daß es sich auf polnische Seite um die Einzelheit eines großen Planes gehandelt habe, welches zur Erreichung ihres Zweckes mit einem Heer polnischer Streitkräfte durchzuführen ist. — Der polnische Eisenbahnminister folgt der polnische Propaganda, — und immer mehr die Souveränitätsrechte des Staates anzufassen. Dieser Grundgedanke kommt darin klar zum Ausdruck, daß jetzt zum ersten Male von offizieller polnischer Seite das Protokoll von 1920 über die Freie Stadt in Anspruch genommen wird. Die Freie Stadt Danzig, Volkstag und Senat, lehnt dieses Protokoll entschieden ab, denn es findet in dem Vertrag von Versailles keine Stütze.

Der Generalsekretär des „Danziger Volkstags“ erklärt, daß die polnische Regierung auf

keinen Arbeitererwerbung geschaffen habe. Man dürfe sich nicht darüber wundern. Der nachgelagerte Inhalt, den der Kreis und die nach seiner Bedeutung abgeschlossenen Verträge unter den Wölfen der nach und nach die anderen Infiniten befeindigen werde.

Ein neuer Rechtsbruch Polens.

Durch Verletzung der polnischen Regierung sind die zweiten Forderungen der Weimarer Regierung nicht erfüllt worden. Die Weimarer Regierung hat die Erfüllung der Forderungen nicht erfüllt. Die Weimarer Regierung hat die Erfüllung der Forderungen nicht erfüllt.

Der „Manchester Guardian“ gegen den Ruhrstreik.

In einem Leitartikel des „Manchester Guardian“ über die Berliner Konferenz heißt es, Amerika offizielle Anerkennung des Dawesplanes sei eine Sicherung gegen französische und deutsche Ausschüfte und Bedenke, daß der mächtige Einfluß der Regierung der Vereinigten Staaten gegen eine Wiederholung des Ardes internationalen Streikereignisses und wirtschaftlicher Unruhen, wie es die Ruhrbesetzung war, zur Geltung gebracht werden könne.

Das Blatt behauptet die Haltung Chitralls in der Frage der Rechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung und trägt hinzu, es sei kein großer Trost, daß die unpraktischen Folgen dieser Besetzung nicht absehbar seien, und daß eine amerikanische Beteiligung eine Wiederholung ähnlicher Ungeheuerlichkeiten für die Zukunft unmöglich mache.

Zum 18. Januar.

Von Universitätsprofessor Dr. Brandi-Göttingen.

Die alten Fährten und Fußspuren haben umflort. Sie sind nicht von uns genommen; sie bleiben unter uns und unsere Wahrung. Sie machen zum ungemindertem Hochgefühl im Hinblick auf unsere Vergangenheit; sie verpflichten zur Arbeit im Sinne dieser Vergangenheit; sie sind die Zeichen, zu denen wir uns erst recht bekennen, wenn sie von Schmerz und Trauer umflort sind.

Das deutsche Volk soll auf seine Zeichen achten und nie vergessen, daß es seine bedeutenden Erzieher heute so gut wie zu allen Zeiten wert halten soll, auch wenn es von ihnen gesündigt wird. Wir haben im Laufe unserer Geschichte gültige und harte Erzieher gehabt, und wir wollen ihrer heute gedenken. Die unwürdige Unwürdigkeit unseres Landes wies, wie bei den Schweizern, den ersten Weg zur Freiheit in den Tagen des Arminius. Unser Land und seine Kräfte waren und bleiben unter erster Erzieher.

Brutale Kriegsförderung bilden die Waffengemeinschaften und den ersten Zwang zum Staate, der, leidend ertragen, doch ein Start wurde.

Friedliche Missionare als die Lieberlebenden einer älteren Kultur tragen uns eine noch größere und höhere Gemeinschaft ein; alle wollten Gottesdienst sein, gleichwertig für ewige Zeiten nach ihrer Seele.

Der große Götterverdränger ist dem primitiven Staat zu der Idee des Reiches, der größten Gestaltung der mittelalterlichen Zeiten. Der Friedensfürst, der Monarch Landes sollte der deutsche König als römischer Kaiser sein.

Während man sich noch in den unerschaffenen armen staatlichen Gehalt zu trug, er

der Erzieher. Die Stamm. Die Geheimnisse ihrer Seele und gewinnt die sanftere und flüchtiger in der Erweiterung ihrer geistigen Kultur, ununterbrochen gepieft aus älteren Gedankentrieben.

Während sich dann die Kaiseridee verflüchtigt und jedes glühende kaiserliche Gefühl entzündet, steigen neue Kräfte auf. Die Hohenstaufen gruppieren die alten Stämme und ihre kleineren Gruppen in die Gemeinschaften großer deutscher Völk. Bald steht das ganze Schicksal der Nation in der Hand der Kaiseridee. Stände hohen und niederen Rang und Land, nachdem alle die zerstörende Gewalt der gegenwärtigen geführten Waffen Etablieren erfahren haben.

Der deutsche Landesstaat des späten Mittelalters entwickelt ein unendliches Fortschreiten und bereitet damit die Aufnahme einer neuen Bildungsstufe vor, die mit dem Humanismus die Wege öffnet zu einer ganz allgemeinen weltlichen Kultur; jedoch zum historischen Begreifen der ersten deutschen Humanität (das ist die erste deutsche Geistesgeschichte).

Nach höher greift die abendliche geistliche Erkenntnis in der Reformation. Die Bewußtsein von der eigenen Seele und ihrer Gebundenheit löst zugleich die ältesten geistlichen Bindungen an die römisch-unterworfenen Töteten.

Unendlich teuer bezahlt ist dies Ringen der deutschen Seele und das deutsche Staats mit sich selbst. In diesen die Ringen selbst, die sogenannte Reformation, bleibt für uns ein unüberwindlicher Erzieher.

Vor der harten Welt flüchtet die deutsche Seele zu sich selbst, laßt ihr eigenen Wut und holt aus der reichen Welt des Geistes Erlebnissen, neuen innerlichen Auseinandersetzungen mit dem Leben.

Aus Lebenskonflikten, aus Sturm und Drang erwacht der Sprache neue Leidenschaft und Willigkeit, und ihr machender Reichswissenschaft nach der klassischen Zeit.

Mitten in diese furchtbare, unendliche äußeren Angelegenheiten einer neuen inneren äußeren Neugestaltung des Staates, der Kräfte auf und zusammen.

